

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 175 Reichsmark, einjährig 17 Reichsmark. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Dieblich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die Spaltenzeile oder deren Raum 30 Reichsmark. Reklamensätze 100 Reichsmark.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Dieblich. — Redakteur: Paul Jorjisch in Dieblich a. Rh. — Filialredaktion in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 60

Donnerstag, den 20. Mai 1920.

Postfachamt
Hochheim (Main) Nr. 10114.

14. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Nr. 192.

Beamtung.

Betrifft: Bewertung von Tierkadavern.
Aus Abwehrzwecken ist wiederholt Klage darüber geführt worden, daß die Vorschriften über die Abtöterung gefallener Tiere an den Kadaververwertungsanstalten von den Tierbesitzern vielfach nicht beachtet und dadurch erhebliche Verluste für die Volkswirtschaft verursacht würden. Auch wird behauptet, daß Scheinablieferungen an bereits verarbeiteten Tieren zu dem Zwecke vorgenommen würden, die Haut dieser Tiere dem Abtöterungsamt zu entziehen.

Bereits durch den Erlass vom 6. September 1917 (V. M. Bl. S. 264) ist den Behörden zur Pflicht gemacht worden, dafür zu sorgen, daß eine möglichst vollständige Abtöterung der Kadaver an die Verwertungsstellen gesichert werde. Die vollständige Ausnutzung aller Tierkadaver, die nur in den mit den erforderlichen Einrichtungen versehenen Verwertungsanstalten erfolgen kann, liegt im öffentlichen Interesse. Es muß daher mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß Verstöße gegen den Abtöterungszwang der Kadaver künftig vermieden werden.

Die Polizeibehörden, die beamteten Tierärzte und die Fleischbeschauer sind angewiesen, auf die Befolgung der Vorschriften durch die Tierbesitzer ihr besonderes Augenmerk zu richten. Die Verstöße gegen die Vorschriften sind zu verfolgen oder zur Anzeige zu bringen. Die Fleischbeschauer haben dabei auch streng darauf zu achten, ob es sich bei angemeldeten Kadavern um Tiere handelt, gegebenenfalls ist die vollständige Abtöterung des Tierkörpers an die zuständige Verwertungsanstalt zu überwachen.

Berlin 29. 9. 1917, 27. Dezember 1918.
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten.
A. V. 913. Dr. Heilich.

Am 17. Mai 1920. Der Landrat.
A. V. 913. Dr. Heilich.

Zusammenhangs gegen obige Polizeiverordnung unterliegen nicht nur den in § 7 genannten Strafen, sondern auch den Strafbestimmungen des § 6 der Bundesgesetzgebung vom 23. Juni 1916, wonach mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 15.000 Reichsmark bestraft wird.

Wiesbaden, den 17. Mai 1920.

Der Landrat.
A. V. 913. Dr. Heilich.

Nr. 193.

Betrifft: Die Fortschreibung der Viehbesitzer zum Zwecke der Lebensmittelversorgung.

Folgender Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 19. 4. 1920 Nr. 438 wird den Magistraten und Gemeindevorständen bekanntgegeben:

Bei der Durchführung der Verordnung über die Fortschreibung der Viehbesitzer zum Zwecke der Lebensmittelversorgung vom 24. Oktober 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1263) haben sich vielfach Schwierigkeiten ergeben, daß Personen ohne vorchriftsmäßigen Viehbesitzbescheinigung bei einer Gemeinde, in die sie zuziehen, die Aufnahme in der Lebensmittelversorgung nachsuchen und es nicht angeht, sie bis zur Befolgung der vorgeschriebenen Vorschriften ohne Lebensmittelkarten zu lassen. In solchen Fällen sind die betreffenden Personen zunächst auf die Dauer von längstens 4 Wochen mit Lebensmittelkarten zu versehen. Bei der Ausstellung der Karten ist ihnen aber — möglichst schriftlich — zu eröffnen, daß sie nach Ablauf der 4 Wochen unter allen Umständen aus der Lebensmittelversorgung der betreffenden Gemeinde auszuscheiden haben, wenn sie nicht bis dahin die vorgeschriebenen Vorschriften befolgen. Wenn sie sich weigern, die Vorschriften zu befolgen, sind sie als unzulässig in der Lebensmittelversorgung zu betrachten. In der Fortschreibung sind die betreffenden Personen erst dann aufzunehmen, wenn sie den vorgeschriebenen Vorschriften entsprechen. Wenn sie sich weigern, die Vorschriften zu befolgen, sind sie als unzulässig in der Lebensmittelversorgung zu betrachten. In der Fortschreibung sind die betreffenden Personen erst dann aufzunehmen, wenn sie den vorgeschriebenen Vorschriften entsprechen. Wenn sie sich weigern, die Vorschriften zu befolgen, sind sie als unzulässig in der Lebensmittelversorgung zu betrachten.

Grundätzlich muß daran festgehalten werden, daß ein Viehbesitzbescheinigung nur zu einer Ab- und Anmeldeung benutzt wird und von der Gemeinde aufbewahrt ist, bei der die erste Anmeldung erfolgt. Es ist nicht anständig, den vorübergehenden Aufenthalt einer Person, die sich mit einem solchen Viehbesitzbescheinigung in die Versorgung einer Gemeinde einreicht, auf diesem zu vermerken und ihr den Zutritt zu weiteren Versorgung bei anderen Gemeinden zu verweigern, wie dies nach den hiesigen geltenden Bestimmungen, insbesondere bei wandernden Schauspielern, Zirkusangehörigen und dergleichen vielfach geschieht. Nur dann wird man, wenn die Gemeindebehörde nicht ohne zwingenden Grund zu belassen, warum das erwähnte Verfahren nicht angewandt werden kann, wenn sich die betreffenden Personen nur so wenige Tage im Orte aufhalten,

daß nach den bestehenden Vorschriften eine polizeiliche Anmeldung nicht erforderlich ist. Dies wird sich auch vielfach schon daraus ergeben, daß für die dauernde Aufnahme in die Lebensmittelversorgung die Vorlage eines polizeilichen Meldebescheides verlangt wird. In entsprechender Weise wird zu verfahren sein, wenn es sich um Stellungsfindende, Handelsleute, Handwerksburschen und dergleichen handelt, die zwar dauernd von ihrem Heimatort verziehen und mit Lebensmittelbescheinigungen versehen sind, sich aber in dem betreffenden Orte nur wenige Tage aufhalten und polizeilich nicht zur Meldung gelangen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
A. V. 911.11.
A. V. H. Kreisratshilfe 68/1.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Fehrenbach zum Falle Erzberger.

Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht eine längere Aufsicht des Präsidenten Fehrenbach, in der er den Inhalt seiner im Reichsausschuß der Zentrumspartei zum Falle Erzberger gehaltenen Rede wiedergibt. Darin heißt es:

„In den letzten Pressemitteilungen der „Bayrischen Staatszeitung“ und anderer Blätter wird gesagt, ich hätte davorstehen lassen, daß wir ohne Erzberger wahrscheinlich 1917 einen annehmbaren Frieden bekommen hätten. Das ist eine direkte Falschführung meiner Ausführungen in der Sitzung des Reichsparteiausschusses. Auf eine diesbezügliche Anfrage in der Debatte stellte ich ausdrücklich fest, daß nach meiner Überzeugung jene Friedensnotion des Papstes einen Erfolg nicht gehabt hätte; die Friedensmöglichkeiten seien mit dem unangenehmen U-Bootkrieg vom 1. Februar 1917 und dem Eintritt Amerikas in den Krieg nach meiner Auffassung erledigt gewesen. Trotzdem wären natürlich spätere Friedensmöglichkeiten mit größter Energie und Vorstich zu bekämpfen gewesen. — Wer nach dieser Vorlegung noch von einer Aufhebung eines unehrlichen Spieles Erzbergers anlässlich der Friedensresolution von 1917 redet, macht sich selbst einer unehrlichen Handlungswiese schuldig. Ich habe nicht von einem unehrlichen Spiel gesprochen und auch nie daran gedacht.“

Reichswehrminister Dr. Gessler in Köln.

Reichswehrminister Dr. Gessler sprach hier über den politischen Aufbau Deutschlands und die Koalition. Er betonte, daß ohne die Koalition das Reich nicht rettungslos in den Abgrund gezogen worden sei. Da die Wahl zur Nationalversammlung keine einheitliche Parteimehrheit ergeben hätten, habe eine Koalition notwendig kommen müssen. Der Minister bekannte sich zum Gedanken des Einheitsstaates, in dem alle deutschen Stämme gleichberechtigt sein und die Möglichkeit ungehinderter Entfaltung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte haben sollen. Jüngst sei die Verfassung das einzige Band, das die Einheit der Nation sichere. Deshalb gelte es, die Verfassung mit allen Mitteln zu schützen. Nachdem der Minister die Steuererhebung mit dem Zwang der Notwendigkeit und der Unmöglichkeit, alle berechtigten Wünsche zu erfüllen, verteidigt hatte, kam er auf den Friedensvertrag von Versailles zu sprechen. Der Vertrag habe uns weder los, aber nicht erlöset gemacht. Einen Weglosen könne man nicht dadurch, daß man ihn mißhandelt, ehelos machen. Die wirtschaftlichen Vertragsbedingungen seien einfach unerfüllbar. „Man kann nicht erwarten, daß ein Suppenhaufen sein und an einem Morgen wieder ein Gedeihen sein.“ Wir müßten hoffen und wir dürfen hoffen, daß die Stimme der Vernunft auch bei unseren Feinden durchdringen werde. Der Aufbau der deutschen Volkswirtschaft sei ohne die Mitwirkung der deutschen Arbeiterkraft unmöglich; aber ebenso sei es ein Verstoß gegen die radikalfreien Arbeiterkräfte, anzunehmen, daß sie ohne die geistigen und finanziellen Kräfte des deutschen Bürgertums Deutschland wieder aufbauen können. Die Arbeiterkraft sei vielfach ihren alten Forderungen, die sich um die Arbeiterfrage große Verdienste erworben hätten, in den Rücken gefallen und den ersten besten Schreibern nachgegeben. Arbeiter, Bürger und Bauern müßten versuchen, sich gegenseitig zu verstehen und miteinander, nicht gegeneinander für das gemeinsame Vaterland zu arbeiten. Jeder müsse bemüht sein, sich in die Gefühlslage anderer hineinzufinden, und Gerechtigkeit können auch die vielen Offiziere, die entlassen worden seien und noch entlassen werden müßten, beanspruchen. Der Hauptvorwurf, den die Sozialdemokratie vor dem Kriege dem Bürgertum gemacht habe, sei der Vorwurf des bornierten Hassbündels. Möge die Arbeiterkraft, sagte der Minister, dafür sorgen, daß dieser Vorwurf nicht mit Recht zurückgewiesen wird. Das Problem der Reichswehr zu lösen, sagte der Minister, den Kampf ausgesprochen hatte, daß der Volkskampf so geführt werden möge, daß nachher wieder eine Koalitionsbildung möglich sein werde, kam er auf sein ureigenes Gebiet, die Reichswehr, zu sprechen. Die oberste Aufgabe der Reichswehr sei der Schutz der Verfassung, die Sicherung von Ruhe und Ordnung. Man habe heute fortwährend in Atem gehalten und ihn durch Tische von links und von rechts nicht zum Ausbau der Reichswehr kommen lassen. Die Reichswehr müsse erzogen werden. Das erreichte man aber nicht, wenn man sie täglich beschimpft. Damit schaffe man nur gereizte Emissionen. Jeder Reichswehrminister, der sein Amt richtig auffasse, müsse dafür sorgen, daß die Reichswehr seiner Partei, daß sie dem deutschen Volk gehöre. Die Reichswehr sei ein Staatsnotwendigkeit. Ein Staat ohne Reichswehr laufe Gefahr, der Spielball von Verbrechen oder von Kriegen zu werden. Der Minister schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß die Wahlen im Reichsgebiet der deutschen Vaterlande beim glücklichen Wiederaufbau zu helfen.

lassen. Die Reichswehr müsse erzogen werden. Das erreichte man aber nicht, wenn man sie täglich beschimpft. Damit schaffe man nur gereizte Emissionen. Jeder Reichswehrminister, der sein Amt richtig auffasse, müsse dafür sorgen, daß die Reichswehr seiner Partei, daß sie dem deutschen Volk gehöre. Die Reichswehr sei ein Staatsnotwendigkeit. Ein Staat ohne Reichswehr laufe Gefahr, der Spielball von Verbrechen oder von Kriegen zu werden. Der Minister schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß die Wahlen im Reichsgebiet der deutschen Vaterlande beim glücklichen Wiederaufbau zu helfen.

Reichsfinanzminister Wirth in Köln.

Am Montagabend trat der Reichsfinanzminister Wirth in einer überaus stark besuchten Versammlung im großen Saale der Bürgergesellschaft als Redner auf. Die Ordnung der Finanzen, betonte er eindringend, sei entscheidend für die Zukunft Deutschlands. Er habe geglaubt, im ordentlichen Reichshaushalt Ende Juni mit einem Fehlbetrag von drei Milliarden rechnen zu können. Durch die Summe, die wir für Verbilligung der Lebensmittel ausgeben müssen, werde der Fehlbetrag bis zum 31. Juli auf das Doppelte steigen. Der Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt, der auf 12 Milliarden geschätzt wurde, werde ebenfalls überhöht werden. Die schwärzesten Stellen in unserer Reichsrechnung seien die Fehlbeträge bei der Post und bei der Eisenbahn. Sie wurden ursprünglich auf sieben bis acht Milliarden geschätzt, dann auf 12 Milliarden für die Eisenbahn allein; ebenfalls würde sich im ersten Jahre bei der Post und bei der Eisenbahn ein Fehlbetrag von mindestens 14 Milliarden Mark ergeben. Im Gesamthaushalt des Reiches für 1919/20 ist heute schon mit einem Fehlbetrag von 32 Milliarden Mark zu rechnen. Ein großer Teil der Steuern, die auf 24 Milliarden Mark vorläufig geschätzt sind, wird im Laufe des Jahres noch nicht eingehen. Wir würden, fuhr der Minister fort, Milliardenentnahmen schaffen müssen in Form der schwebenden Schuld, um rechnerisch überhaupt durchkommen zu können. Für das Steuerjahr 1920/21 rechnet der Reichsfinanzminister mit einer schwebenden Schuld Deutschlands von ungefähr 50 Milliarden Mark, das sind monatlich mehr als vier Milliarden, d. h. eine Summe, die höher ist als die höchsten Ausgaben während eines Kriegesmonats gewesen sind. Insgesamt betragen unsere öffentlichen Schulden 200 Milliarden Mark, ungerechnet die Schulden der Gemeinden und Länder. Die Lösung der Finanzfrage, sagte der Minister weiter, gehe über die Kraft einer einzelnen Partei; sie könne nur durch eine Koalition, durch verantwortungsvolle Zusammenarbeit aller gelöst werden. Mit größter Entscheidung wandte sich der Minister gegen den Gedanken des Staatsbankrotts. Die Regierung sei entschlossen, die Steuererhebung zur Ausführung zu bringen. Dazu gebrauche sie Beamte mit gutem Willen, reinem Herzen und laubenden Händen. (Laut: Erzberger!) Der Finanzminister entgegnete auf diesen Ruf: Ich habe die Steuererhebung Erzbergers jetzt studiert; sie sind in Ordnung! Einen Vorwurf mache ich Erzberger. Ich habe erfahren, was dieser Mann an Vermögen hat, und ich möchte ihm den Vorwurf, daß er in jahrzehntelanger Arbeit sich nicht mehr erworben hat. (Heiterkeit, Beifall.) Ohne die Finanzvergebung Erzbergers, behauptet der Redner, wäre der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands längst erfolgt. Den Post- und Eisenbahnbeamten rief der Minister zu: Wägen die Angehörigen und Beamten dieser großen sozialisierten Betriebe das Letzte aufzuheben, was sie können, um allmählich diese Betriebe, wenn auch nicht rentabel, so doch so zu gestalten, daß sie ihre Ausgaben decken können — sonst ist der Sozialisierungsgedanke nicht nur gebrochen, sondern abstrusum geführt! Drohend steigt das Gesicht der Vergütung dieser großen Institution an ländliches oder gar amerikanisches Kapital auf, die Gefahr, daß diese großen Anstalten dem Sozialismus zum Opfer fallen. Der Minister kam dann auf die bevorstehende Zusammenkunft in Spa zu sprechen. In Spa müsse die Politik der Vernunft zum Durchbruch kommen und die Feinde müßten erkennen, daß die Lebensfähigkeit Deutschlands ein europäisches, ein Weltbeliebeninteresse sei. Dann kam der Minister auf die gegenwärtige Wahlbewegung zu sprechen. Der Kampf solle mit anständigen Waffen geführt werden. Wir müssen fragen, sagte er, mit dem Gedanken, daß wir in den anderen Denkenden immer nur einen Lumpen vor uns haben. (Handklopfen, Beifall.) Den Beamten rief der Minister zu: Wägen Sie mit dem Gedanken des Streits und des Generalstreiks vom Leide. (Beifall.) Am Schluß seiner Rede mit großem Beifall ausgenommenen Rede handelte sich der Minister an den Geist der Opferwilligkeit für Volk und Vaterland.

Die deutsche Wirtschaftskrise.

Ranghe in. Die Nachrichten aus zahlreichen deutschen Industriezweigen sprechen von einer ersten Krise infolge fortgesetzter Störung des Geschäftsverkehrs und Konjunktur. Umfangreiche Arbeiterentlassungen stehen bevor, namentlich in der Textilindustrie, im Rheinlande und in Thüringen. Zahlreiche große Werke stehen vor Zahlungsunfähigkeit. Besonders kritisch ist die Lage in der Lederindustrie, in der Möbel-, Tonwaren-, Glas- und Garmaschinenindustrie.

der Vorsitzende v. Siemens u. a. aus: Unsere Bilanz wird günstiger, sie wird sich auch bessern bis zum Schnittpunkt der inneren und äußeren Kaufkraft unseres Geldes, wenn wir durch erhöhte Produktion die Verbesserung unserer Wirtschaft unterstützen. Wenn wir den Schnittpunkt erreicht haben, werden Schwierigkeiten des Exports einleiten. Schon haben in manchen Artikeln — auch in denen der Elektroindustrie — die Inlandspreise die Weltmarktpreise überholt. Länder, die eine solche Lage haben, sind uns heute schon fast vollkommen verschlossen. Bedarf ist in der ganzen Welt. Die Nachfrage liegt aber wegen der hohen Preise nach. Die hohen Preise sind aber auch zurückzuführen auf die verringerte Produktion. Es wird nirgends bei uns auf die Förderung der produktiven Arbeit genügend Gewicht gelegt. Eine viel zu große Menge Menschen sind heute unproduktiv tätig. Die Zahl der Beamten in den Staats- und Privatbetrieben ist viel zu groß. Deutschlands großes Leiden ist die Verringerung der Warenmenge, die es herstellt. Die zwar zahlenmäßig noch dem unbrauchbaren Rohstoff der Welt gerechnet, wächst, aber mengenmäßig ist ein Rückgang in der Produktion zu verzeichnen.

Bekämpfung der Zuckerkrise ab 1. Juli. Die Verringerung der letzten Zuckerproduktion infolge Rückganges der Anbaufläche und ungünstiger Produktionsverhältnisse während der letzten Kampagne machen die Aufrechterhaltung der Zuckerproduktion bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres trotz weitgehender Beschränkung der zuckererzeugenden Betriebe unmöglich. Die am 1. Juli des Jahres auszubehrende Zuckermenge, die bei der bisherigen Nation auf drei Monate reichen würde, muß daher auf vier Monate verteilt werden. Die Verteilung der Zuckerausgabe durch die Kommunalverbände wird dementsprechend eingerichtet werden.

Zucker gegen Eisenbahnwagen. Deutschland hat mit der Eisenbahnwagen ein Abkommen dahin getroffen, daß es hierfür gegen Zucker Eisenbahnwagen liefert. Bisher liefen 7500 Tonnen Zucker an, in der vergangenen Woche allein 1386 Stück übergeben. Diese Zuckereinfuhr verhindert die Kürzung des Zuckerquantums.

Wie das Heeresgut verkleinert wurde.

In dem Verkleinerungsprozeß des Reichskabinetts gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kreuzzeitung“ hat der Verteidiger des Befragten Mittelungen gemacht, von denen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ mit Recht sagen, daß, wenn sich das Gericht auch aus formalen Gründen nicht dafür interessieren sollte, doch die Öffentlichkeit daran ein so größeres Interesse hat. Es handelt sich dabei durchweg um Verarmung von Heeresgut durch das Reichsverwaltungsamt, jetzt Reichswehrverwaltungsamt. Man erzählt hier zum ersten Male, daß der Gesamtbestand an neuen Tornistern mit Helmen für drei Mark das Stück an einen Kaufmann Max Bräutigam verarmt worden ist. Dieser Mann, der seit der Verkleinerung mit dem Reichsverwaltungsamt seinen Namen mit Recht führen darf, hat bisher 325.000 Stück erhalten. Außerdem aber sind ihm geliefert worden:

- 50.000 Paar Hufeisenstiefeln, das Stück zu 2,50 M.
- 6200 Stiefeln das Stück zu 20.— M.
- 4000 Paar Patronentaschen, das Stück zu 2.— M.
- 250.000 Kinnriemen, das Stück zu 7 Pf.
- 4000 Stück Tragriemen, das Stück zu 1,30 M.
- 34.000 Stück Stuhlhelme (halbfertig) das Stück zu 3.— M.
- etwa 17.300 Stück Tischtuchstiefeln, das Stück zu 3,50 M.
- etwa 17.000 Stück Fliegerstiefeln, das Stück zu 1.— M.
- etwa 280 Paar Lederamaschen, das Stück zu 3.— M.
- etwa 1550 Stück Lederhosen, das Stück zu 2.— M.
- etwa 620 Stück Lederhandschuhe, das Stück zu 50 Pfennig.
- etwa 500 Stück Kopfbauten, das Stück zu 2.— M.

Unsere Schuhmacher, die nicht wissen, woher sie das Leder nehmen sollen, um Ausbesserungen zu ermöglichen, werden den den fröhlichen Herrn Bräutigam um seine guten Verbindungen beneiden. Hier auch andere Handwerker und Geschäftleute dürfen an der Art, wie das Heeresgut „verkleinert“ wurde, ihre volle Freude haben. Da hat eine Firma Kriegl und Jochim noch im März 1920 vom Reich erworben:

- 15.160 Pelzjoden, das Stück zu 12 Mark,
- 311 Pelzdecken, das Stück zu 12 Mark,
- 49 Kappeisen, das Stück zu 20 Mark.

Auf diese Preise wurden später — es waren ein paar peinliche Anfragen in der Nationalversammlung erfolgt — Nachzahlungen von 88, 38 und 230 Mark für das Stück geleistet. Verdient ist natürlich immer noch worden. Aber wenn auf diesen einen kleinen Posten Preise mehr als das Doppelte des vereinbarten Kaufpreises nachbezahlt wurde, um Stände zu vermeiden, so kann man sich ungefähr ausmalen, wie das Reichsgut im ganzen verkleinert worden ist! Eine andere Firma Schwarzkopf u. Sulzberger kauft von der einen Behörde, dem Verkleinerungsamt in Berlin, Militärrocke zu 24 Mark das Stück und verkauft sie an eine andere Behörde, die Aufseherverwaltung, für 38 M. das Stück.

Über es wurde nicht nur von einer Behörde zur anderen, es wurde auch ins Ausland verarmt. „Als besonders traurig“ — so berichtet die „Kreuzzeitung“ — „wurde von dem Verteidiger der Verkauf sämtlicher in Deutschland noch befindlichen

Stadt nicht berühren, von der Einwohnerzahl unberührt. Ein kleiner Teil französischer Soldaten, der in der Stadt gelegen hatte, lagert noch vor der Stadt und wird, sobald die Kavallerie aus Dieburg eingetroffen ist, zusammen mit dieser abziehen.

Am 18. Mai, 18. Mai. Hooas meldet: Die Räumung des ganzen Raingraues erfolgte ohne jeglichen Zwischenfall. General Widon, der Kommandant der Frankfurter Besatzungstruppen, erklärte den deutschen Zivilbehörden, er lege Wert darauf, der ruhigen Haltung, welche die Bevölkerung bis zuletzt an den Tag gelegt, lobende Erwähnung zu tun.

Bermischtes.

Stand der Felder in Deutschland. Der Verlauf der Witterung im Monat April war für die Landwirtschaft recht günstig. Wärme, Sonnenschein und leichte Regenfälle ließen das Wachstum kräftig einleiten und förderten die Frühjahrseinstellung. Gegen das Ende des Monats trat kühleres Wetter ein, das zahlreiche und starke Niederschläge mit sich brachte, so daß die Feuchtigkeit stellenweise schon überhand nahm. Frührost ist fast ganz ausgeblieben. Die wegen Kälte im Herbst und wegen Winterschäden erfolgten Umpflügelungen wurden nur in den südlichen preussischen Landesteilen und in Braunschweig stärker nötig. In tierischen Schädlingen wird außer Frühlings, Drahtwürmern und Raufäfern auch Schwarzwild genannt, das in manchen Gegenden auf den Feldern arge Verwüstungen angerichtet hat. Auch das Unkraut macht sich schon bemerkbar. Ueber Mangel an Kunstdünger wird noch immer geklagt. Das günstige Frühjahrswetter hat bei dem Getreide noch manche Winterschäden ausgeheilt. Der Weizen hat sich kräftig bestockt. Auch der Roggen hat sich etwas erholt, steht aber auf leichten Böden und, soweit er spät gesät worden war, vielfach noch dünn und spärlich. Acker, Luzerne und Wiesen haben gut angelegt und versprechen einen reichlichen ersten Schnitt. Mit der Grünfütterung konnte bereits begonnen werden. Auch der Weideweg des Viehes ist schon seit einiger Zeit im Gange.

Sinnern. Ein lustiges Mißverständnis ist vor kurzem in einem Nachbarort passiert. Eine Frau vom Lande wollte ihren 16jährigen Sohn in Stellung geben und hat eine dort anlassige bekannte Familie, den jungen Mann bei sich wohnen zu lassen. Diese, der der Zuwachs aufcheinend wenig angenehm war, erklärte: „Wir würden Ihren Sohn ja recht gern bei uns aufnehmen, leider sind wir aber so kurzatmig beschränkt“, worauf die Frau erwiderte: „O, das macht nichts, mein Sohn ist auch feiner von den Schläfen“.

Buntes Allerlei.

Münzberg. Hier erschoss der Kaufmann Reich seine drei jüngsten Kinder und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf. Er hat die Tat wahrscheinlich in geistiger Umnachtung vollbracht.

Die Berliner Sicherheitspolizei. Wie mitgeteilt wird, soll die Berliner Sicherheitspolizei, die zur Zeit 10.000 Beamte umfaßt, mit Rücksicht auf die Bildung der Stadtgemeinde Groß-Berlin auf etwa 16.000 Mann erhöht werden.

Ein fröhlicher Ehegatte gesucht. Im „Kolonien-zeiger für Storkow und Umgegend“ erschien kürzlich folgende Anzeige: „Meine Verlobung und Hochzeit mit Herrn August Seidling erkläre ich für aufgehoben, da mir sein körperlicher Zustand ungenügend ist. Storkow, 25. 4. 1920. Martha Göthert.“

Neueste Nachrichten.

Am 18. Mai, 18. Mai. Der „Kochener Volksfreund“ meldet aus dem Kreise Montjoie. Der Kreis Montjoie wurde gestern von belgischen Truppen in Stärke von vier Kompanien besetzt, die die bisherige französische Besatzung von 162 Mann ablösten.

Am 18. Mai, 18. Mai. Die heutige Leipziger Hausversteigerung hat wieder einen Preisabschlag von 20-30 Prozent gegen die letzte Versteigerung ergeben.

Am 19. Mai, 19. Mai. (Amstich.) Im März dieses Jahres haben die „B. Z.“ und der „Hamburgische Korrespondent“ die Nachricht verbreitet, daß Kanakstaaten zweier englischer Zerstörer sich schwerer Sittlichkeitsverbrechen gegenüber deutschen minderjährigen Mädchen schuldig gemacht hätten. Die britische Regierung hat von sich aus zugleich unter Heranziehung der von den deutschen Behörden seither ausgenommenen Zeugnisaussagen eine gerichtliche Untersuchung veranlaßt und der deutschen Regierung mitgeteilt, daß ihr der hündige Beweis vorliege, daß die schweren gegen Angehörige der britischen Marine erhobenen Vorwürfe sich als völlig grundlos erwiesen hätten. Die deutsche Regierung hat infolgedessen eine neue Untersuchung veranlaßt, in deren Verlauf sich die Aussagen, die den Beschuldigungen zu Grunde lagen, zum Teil als derart falsch und unzuverlässig erwiesen, daß die gegen die britischen Kanakstaaten erhobenen Anklagen in keiner Weise gerechtfertigt erscheinen. Die deutsche Regierung hat daher dem britischen Geschäftsträger gleichzeitig mit der Mitteilung über dieses Ergebnis ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß diese ehrenrührigen Beschuldigungen fälschlicherweise gegen den guten Ruf der britischen Marine erhoben worden sind.

Am 19. Mai, 19. Mai. Prof. Freihof Kanten, der vom Völkerverbund den Auftrag übernommen hat, die Möglichkeiten zu prüfen, um die noch im Ausland weilenden Kriegsgefangenen heimzuführen, wurde am 16. Mai vom Reichskanzler empfangen, dem er Mitteilungen machte über die Art und Weise, wie er sich seiner Aufgabe zu entledigen gedenkt.

Am 19. Mai, 19. Mai. Zu der Meldung des „Berl. Anstich.“ über eine angeblich bevorstehende Auflösung der baronischen Reichsversammlung wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Meldung durchaus unbegründet ist.

Am 19. Mai, 19. Mai. Der „Volksfreund“ in Weimern meldet aus Weimern im Kreise Pleß. Gestern wurde der sozialistische Parteiführer Krenz durch Revolververletzung so schwer verletzt, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Mord ist von großpolnischer Seite aus geschehen.

Zum Ergebnis der Konferenz von Hythe.

Am 18. Mai, 18. Mai. „Daily Chronicle“ schreibt zu dem Ergebnis der Konferenz in Hythe: Der Vorschlag Frankreichs, an die erste Stelle die Befähigung Belgiens zu setzen, dann die Entschädigung Belgiens und an dritter Stelle die Entschädigung Frankreichs, würde in der Praxis darauf hinausgekommen sein, daß die anderen Länder überhaupt nichts erhalten hätten. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen, sondern die seitens Staatsmänner haben sich über einen vernünftigen Plan geeinigt, durch den zwischen den deutschen und den alliierten Schädigen eine Verbindung hergestellt wird. Die Last dieser Kombination fällt in erster Linie auf England, aber vom Standpunkt der Billigkeit und Gerechtigkeit aus läßt sich viel für den Plan sagen. Als internationaler Plan würde er natürlich viel vollständiger sein, wenn sich Amerika ihm angeschlossen hätte. — Die „Daily News“ stimmt der gegenseitigen Schuldenerregung von ganzem Herzen zu; nur die „Evening News“ ist unzufrieden und fragt, ob es in Ordnung sei, England bei seiner heutigen Finanzlage zugunsten, unter Umständen einen großen Beitrag abzugeben.

Paris, 18. Mai. Bei weitem nicht alle Blätter stimmen in den Jubel der Regierungsorgane über den Erfolg des französischen Ministerpräsidenten auf der Konferenz in Hythe ein. Indessen geben sie zu, daß wenigstens hinsichtlich der von Deutschland zu leistenden Zahlungen bestimmte Vorteile erreicht wurden, obwohl sie sich mit einer im Voraus festzusetzenden Mobalsumme immer noch nicht einverstanden erklären können. In nahezu sämtlichen Blättern wird bedauert, daß die Regierung nicht die Priorität für den Wiederaufbau der verarmten Gebiete erhielt, wie sie diese fordert.

Andererseits wird das Abkommen über die Schuldenerregung als ein sehr wertvoller Erfolg betrachtet.

Eine weitere Vorbesprechung in Ostende. Nach einer Londoner Meldung des „Zeit Journal“ werden sich Lloyd George und Milner Anfang Juni höchstwahrscheinlich wieder in Ostende, und zwar in Ostende, zu einer Beratung zusammenfinden.

Ups den Berliner Morgenblättern.

Am 19. Mai, 19. Mai. In der Schlussfassung der Nationalversammlung am Donnerstag soll, wie die Morgenblätter berichten, eine Interpellation wegen der schwarzen Truppen eingebracht werden, auf die die Regierung antworten werde.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, daß entgegen anderweitigen Behauptungen die Regierung nicht vorgehen hat, eine Erklärung über Spa in der Schlussfassung der Nationalversammlung abzugeben.

Der Danziger Volksrat wird sich nach dem Wahlergebnis am Donnerstag aus 34 Deutsch-Rationalen, 21 Unabhängigen, 19 Reichssozialisten, 17 Zentrumsdarstellern, 12 Abgeordneten der Freien wirtschaftlichen Vereinigung, 10 Demokraten und 7 Polen.

Während sich im Reich durch den Abbruch der Verhandlungen seitens der Krankenkassenorganisationen die Verhältnisse zuspitzen haben, scheint sich in Berlin eine Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen anzubahnen. Bemerkenswert ist, daß den Unterhändlern für die weiteren Verhandlungen freie Hand gelassen wurde. Den Verhandlungen wird ein Entwurf über die freie Arztwahl zu Grunde gelegt werden, der von den Ärzten ausgearbeitet wurde.

Letzte Nachrichten.

Zum Rücktritt Polancores. Am 19. Mai, 19. Mai. In Besprechung des Rücktritts Polancores von dem Posten als Vorsitzender der Wiedergutmachungskommission schreibt das „Journal“, es sei unbestreitbar, daß die in Hythe ins Auge gefasste Kombination die Voraussetzungen des Vertrages von Versailles ändere. Da die Regierung es übernommen hätten, eine Gutmachungskommission ein Teil ihrer Arbeit entgegen. Diese Änderung allein würde schon genügen, den Rücktritt Polancores zu erklären. Aber es seien auch andere Punkte zu berücksichtigen. Die neue Lösung könne wohl die französischen Interessen wahren, aber die Weigerung, die Priorität für die verarmten Gebiete anzuerkennen, habe eine moralische Wirkung, die wohl auch zu dem Schritt Polancores beigetragen habe. Andererseits sei der neue Vertreter Frankreichs bei der Wiedergutmachungskommission wohl am besten für die neue Auslegung qualifiziert als Industrieller, Abgeordneter des Senats, des Handelsministeriums im letzten Ministerium Clemenceau. Dubois sei Berichterstatter für alle Vorlagen hinsichtlich der Wiedergutmachung in der Kammer gewesen. Sein Bericht über die finanziellen Ansprüche des Vertrages von Versailles sei ein Dokument, das seinen Verfasser in den ersten Rang der Sachverständigen stelle. Die Kommission werde seine Verdienste dadurch anerkennen, daß sie ihn, wie seine beiden Vorgänger, zum Präsidenten wähle.

Die Frau des Konsuls.

Roman von Reinhold Ortmann. (10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Hörst du mich?“ fragte sie ihn. „Nein, ich höre nicht.“

„Was ist das für ein Spiel?“ fragte er. „Ich höre nicht.“

„Was ist das für ein Spiel?“ fragte er. „Ich höre nicht.“

das, was man von ihnen verschweigt, als durch das, was man von ihnen erzählt. — Adieu, lieber Schwager!

Auf morgen also! — Oder machen wir heute Abend einen kleinen Bummel miteinander?

Es wäre mir lieb, wenn Sie mich entschuldigen. Ich fühle mich nicht ganz wohl.

Sie sehen auch etwas angegriffen aus. Worin habe ich das gar nicht so bemerkt. Also auf Wiedersehen, mein verehrter Herr Schwager.

Als er fort war, wanderte Stuart Milner wohl fünfzigmal mit finsterner Miene in seinem Zimmer auf und nieder. Der Appetit mußte ihm wohl ganzlich vergangen sein, denn er verließ seine Wohnung an diesem Abend nicht mehr.

Endlich trat er an den Schreibtisch und entnahm einer verschlossenen Schublade die Photographie einer jungen Dame.

Es war ein kleines schmales Mädchen mit großen dunklen Augen und feinem, aber auffallend energiegelich geformtem Munde. Je länger er auf das Bild herabsah, desto finsterner umwollte sich Stuart Milners Gesicht. Mit einer unmutigen Bewegung warf er es an seinen vorliegenden Platz zurück.

Dann legte er sich einen Briefbogen zurecht und begann zu schreiben: Meine geliebte Harriet! Als diese drei Worte schwarz auf weiß vor ihm standen, schien ihm etwas wie Elend oder wie heftige Zorn zu packen. Er zerriß das Blatt in winzige Fetzen.

Eben hatte der letzte Patient Bettingers Sprechzimmer verlassen, als noch einmal ungehört geklopft wurde. Etwas verwundert ließ der junge Arzt die Aufforderung zum Eintritt ergehen und erschraf fast vor dem Ausbruch schillernder Erregung in den Zügen seines Freundes Paul Leuenhoff, der in der Tür erschien.

Was ist denn los, Paul? — Wie siehst Du aus?

Ich kann es nicht mehr ertragen, Oberherd! Du mußt mich von meinem Versprechen entbinden. Ich darf hier nicht länger bleiben.

Er war in Hut und Lieberod. Seine bestaunten Stiefel verrieten, daß er eben von der Straße herein kam. Erschöpft warf er sich in einen Stuhl und doch sofort wieder aufspringen.

Möchtest Du mich nicht vor allen Dingen etwas beruhigen? Was ist geschehen, daß Du hier nicht mehr bleiben darfst?

Ich habe sie wiedergesehen. Ich bin ihr eben in den Anlagen begegnet.

Wem? — Der Frau Konsul Bernheim? Und Du hast mit ihr gesprochen?

Nein. Sie war in Begleitung eines jungen Mädchens, wahrscheinlich ihrer Stieftochter. Wir konnten nichts als einen Blick miteinander tauschen.

Auch das war schon überflüssig. Aber ich sah in dem Borsal keinen Anlaß zu besonderer Aufregung? — Daß sie früher oder später einmal deinen Weg kreuzen würde, war doch voraus zu sehen.

Gewiß. Aber ich wußte nicht, daß ihr Anblick hinreichen würde, alle Wunden in mir wieder aufzureißen. Ich liebe sie — Oberherd, liebe sie zum Wahnsinn. Und wenn ich noch länger hier in ihrer Nähe bleiben muß, so sehe ich für nichts.

Erlauben Sie, Herr Patient!

Bettinger war auf ihn zugegangen, um ihm in die Augen zu sehen.

Aber Paul Leuenhoff drehte ungeduldig den Kopf. Nein, nein, Du bist im Irrtum. Es ist nicht das Morphem, das aus mir spricht. Ich habe seit 8 Tagen meines mehr gebraucht.

(Fortsetzung folgt.)

Nußholzverkauf

Der Oberförster Wiesbaden am Donnerstag, den 27. Mai 1920, vorm. 9 Uhr in der Gastwirtschaft unter den Eichen, aus heimischen Schlägen:

Eichen Stämme 506 Stück 1.-5. Kl. mit 424 Stk. 5 Km. Ruppel, 30 Km. Hartes Kollholz, 20 Stk. 28 für Wälder, nur an Selbstverbraucher.

Dahen Stämme 85 Stück 1.-4. Kl. mit 81 Stk. 73 Stück 3.-5. Kl. mit 28 Stk. 33 Stück 4.-5. Kl. mit 13 Stk. 226 Stück 2.-4. Kl. mit 151 Stk. 113 Stück 2.-4. Kl. mit 60 Stk. 237 Stück 2.-4. Kl. mit 707 Stk. 1218 Stangen 7800 Stück 1.-3., 1209 Stück 4.-6. Kl. Die Eichenstämme Nr. 232, 242, 241, 244, 245 sind die Nußholzschläger 72 und 76 kommen nicht zum Verkauf.

Amstliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Bekanntmachung. Betrifft die Ausgabe von Del. Am Freitag, den 21. Mai 1920, bei den Händlern auf die eingereichten Abschnitte Nr. 14 pro Kopf 150 Gramm Speiseöl zu 4 Mark. Hochheim a. M., den 19. Mai 1920. Der Magistrat. Krabacher.

Bekanntmachung. Am Freitag, den 21. Mai sind die Abschnitte der Lebensmittelkarte Nr. 16 zwecks Zuteilung von Teigwaren bei den Händlern einzureichen und diese liefern die Abschnitte am Dienstag, den 24. Mai, vorm. 12 Uhr auf dem Rathaus, Lebensmittelstelle ab. Hochheim a. M., den 19. Mai 1920. Der Magistrat. Krabacher.

Bekanntmachung. Betrifft die Ausgabe von Brotarten. Am Samstag, den 22. Mai ds. Js. werden im Rathaus, Zimmer Nr. 4, die Brotarten für die 41. und 42. Woche wie folgt ausgegeben: Von 7.30 bis 8.30 Uhr die Brotartenempfänger mit den Anhangsbuchstaben: P, D, A, S. Von 8.30 bis 9.30 Uhr die Brotartenempfänger mit den Anhangsbuchstaben: L, H, K, W, X, Y, Z. Von 9.30 bis 10.30 Uhr die Brotartenempfänger mit den Anhangsbuchstaben: A, B, C, D, E. Von 10.30 bis 11.30 Uhr die Brotartenempfänger mit dem Anhangsbuchstaben: F, G, H, I, K. Von 11.30 bis 12.30 Uhr P, M, N, O. Hochheim a. M., den 19. Mai 1920. Der Magistrat. Krabacher.

Anzeigenfeil.

H. H. A. 74. In das Handelsregister, Abteilung A., ist unter Nr. 74 des Registers am 5. Mai 1920 folgendes eingetragen worden: Jakob Christoph Kullmann, Weinhandlung, Hochheim a. M. und als deren alleiniger Inhaber der Weinbändler Jakob Christoph Kullmann dabeist. Die Firma treibt Handel mit Wein und Spirituosen. Hochheim a. M., den 15. Mai 1920. Amtsgericht.

Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Hochheim a. M.

Freitag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Saal des Gasthauses „Zur Rose“:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Satzung;
2. Vorstandswahl;
3. Aussprache.

Um vollständiges Erscheinen bittet

Der vorläufige Vorstand.

Kleerversteigerung.

Am Freitag, den 21. Mai 1920, vorm. 11 Uhr lassen im „Weihergarten“ in Hochheim Klee versteigern:

1. Platter Schenk'sche Kleezeile, vorm. Rutenzeile 104 Auten
2. Peter Döller, 1. Etage, im Mittel 80
3. C. Combach, 1. Etage, im Mittel 30
4. Ruy & Döller, 2. Parzellen im Reusenberg 34 und 40

Hochheim a. M., den 18. Mai 1920.

Dr. Doeßler.

Freiwillige Versteigerung

Donnerstag, den 20. ds. Mo. nachmittags 5 Uhr versteigere ich in Hochheim a. M., Rathausstraße 6, nachfolgende gebrauchte Möbel pp:

- 1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchenschrack, 1 Spiegel, 1 Bettstelle, 1 Tischchen und anderes mehr.
- Versteigerung 1 Stunde vor der Versteigerung. Harz, Gerichtsvollzieher.

500 Mark Belohnung

sichern wir demjenigen zu, der uns den Täter nachweist, welcher in den letzten Tagen die Treibriemen bei uns gestohlen hat, so daß derselbe gerichtlich bestraft werden kann.

„Keramag“
Keramische Werke Aktiengesellschaft, Flörsheim.

Täglich frischgebackenen Spargel

zu haben bei

Jacob Lauer,
Gartenstraße 6, Hochheim.

1 Keller, 1 Hobelbank, Wasserpumpe mit Bleirohr, 250 Strohhälsen

sofort zu verkaufen. Näh. Fil.-Exp. des Hochh. Stadions, Hochheim a. M.

Schwarzgebeines

Damenjackett und 1 Bluse zu verkaufen. Näh. Fil.-Exp. des Hochh. Stadions, Hochheim a. M.

Kräutchen, saubere Mädchen

für sofort gesucht. Näh. Fil.-Exp. des Hochh. Stadions, Hochheim a. M.

Schirm-Reparaturen schnell und billig. Gutsjahr, Hochheim, Wintergasse 9.

Immer

wenn die Preise der Schuhe steigen, fragt man besorgt: Was nun? Die Antwort heißt: Pflegemitteln Mittel, das erhält und verschönt und das ist

Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinherst.: Werner & Mertz, Mainz

Der heutigen Ausgabe liegt ein Wahl-Programm der Deutschen Volkspartei bei.